

Bund und Land NRW kümmern sich um die Kommunen



Die Landesregierung hat in dieser Woche eine Gemeindefinanzkommission auf Landesebene eingesetzt. Der Kommission gehören für die Landesregierung Landesfinanzminister Helmut Linssen, Landessozialminister Karl-Josef Laumann und Landesinnenminister Ingo Wolf an. Neben den Vertretern der Landesregierung sind die kommunalen Spitzenverbände aus NRW beteiligt.

Besonders wird sich die Landeskommission mit den Kommunalsteuern und der Verstärkung der kommunalen Einnahmen, der Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben und bei der besseren Einbindung der Kommunen bei der EU-, Bundes- und Landesrechtsetzung beschäftigen.

Die Landeskommission soll die Verhandlungen in der Bundeskommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen begleiten und koordinieren. Denn der Bund startet ebenfalls mit seiner Kommission in diesem März.

Der Bundeskommission gehören unter dem Vorsitzenden Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Bundesminister Thomas de Maiziere und Rainer Brüderle, die Präsidenten der drei kommunalen Spitzenverbände sowie sechs Finanz- und Innenminister der Länder an.

Den Kommunen mangelt es bis jetzt an steten Einnahmequellen. Die Einnahmen werden zu einem sehr großen Teil über die stark konjunkturabhängige und erheblichen Schwankungen unterliegenden Gewerbesteuer erzielt. Daher hat die Bundeskommission unter anderem die Aufgabe zu prüfen, ob die Gewerbesteuer noch zeitgemäß ist und wie sie gegebenenfalls aufkommensneutral zu ersetzen sein könnte. Eine Neuregelung soll allerdings zu keinen Steuereinnahmen- oder Ausgabenverschiebungen zwischen Bund und den Ländern auf der einen und Kommunen auf der anderen Seite führen.

Daneben werden Vorschläge erarbeitet, um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und die Kommunen auf der Ausgabenseite, zum Beispiel im Bereich Soziales, zu entlasten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde.

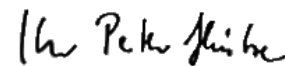


die christlich-liberale Koalition wird alles dafür tun, um möglichst viele Hartz IV-Empfänger wieder in ein qualifiziertes Beschäftigungsverhältnis

zu bringen. Die Arbeitsvermittlung muss schneller, effizienter und zielgenauer ausgerichtet werden. Wir wollen auch spezifische Angebote für Alleinerziehende, Jugendliche oder ältere Langzeitarbeitslose schaffen. Wir halten einen differenzierten Blick auf die einzelnen Problemlagen der Menschen für das Entscheidende für eine moderne Arbeitsmarktpolitik.

Der Vorschlag der SPD, die Vermögensprüfung abzuschaffen, ist wirklich absoluter Irrsinn. Nach diesem Vorschlag könnten sogar Besitzer von mehreren Mehrfamilienhäusern Hartz IV beantragen. Selbst Kollegen der Opposition fällt auf, dass dies dem Grundsatz, dass nur der die Solidarität der Steuerzahler genießen kann, der dieser Hilfe auch tatsächlich bedarf, widerspricht. Der Vorschlag, einen sogenannten "sozialen Arbeitsmarkt" zu schaffen, führt ebenfalls auf den Holzweg. Damit werden keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen. In Berlin hat die rot-rote Koalition bereits 10.000 Jobs auf einem öffentlichen Beschäftigungssektor versprochen und dieses Versprechen nicht eingehalten. Mit einem staatlichen Arbeitsmarkt geht das hohe Risiko einher, dass an anderer Stelle reguläre Arbeitsplätze wegfallen.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Peter Hintze MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW



Haushalt 2010 ermöglicht hohe Investitionen im Verkehrsbereich – für mehr Mobilität und Wachstum

12,6 Milliarden Euro fließen in den Ausbau und Erhalt von Verkehrsinfrastruktur

Zur abschließenden parlamentarischen Debatte über den Haushalt 2010 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erklärt der verkehrspolitische Berichterstatter, Reinhold Sendker MdB:

Der vorgelegte Etat für den Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung umfasst mit Abstand den größten Investitionshaushalt des Bundes und ist damit von entscheidender Bedeutung für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Wachstum in Deutschland.

Es ist uns gelungen, den Verkehrsetat 2010 auf nahezu gleichem Niveau wie im Vorjahr zu halten: 12,6 Milliarden Euro fließen in den Ausbau und Erhalt von Verkehrsinfrastruktur. Dabei ist es für die Koalition aus CDU/CSU und FDP von großer Bedeutung, ganz Deutschland im Blick zu behalten: Es sollen die Verkehrswege in den Metropolregionen wie auch in den ländlichen Gebieten gefördert werden.

So wird beispielsweise das Schienennetz ausgebaut; die teilweise maroden Bahnhöfe werden saniert. Dem eklatanten Parkplatzmangel an Autobahnen wird durch den Ausbau von Parkflächen entgegen gewirkt. Ein neues nationales Verkehrssicherheitsprogramm soll für noch mehr Verkehrssicherheit in Deutschland sorgen. Außerdem unterstützen wir den Ansatz der Bundesregierung, Zukunftstechnologien, vor allem im Bereich der Elektromobilität, zu fördern.

Gerade im Hinblick auf die Schuldenbremse und das Auslaufen der Konjunkturpakete müssen die Verkehrsinvestitionen auch über 2010 hinaus auf hohem Niveau gehalten werden. Deutschland liegt in der Mitte Europas – gut erhaltene, ausgebaute Verkehrswege sind Voraussetzung für Mobilität und Wachstum in unserem Land.

Haushaltsberatungen 2010

Der Haushalt 2010 ist der erste der christlich-liberalen Koalition. Er ist ein Übergangshaushalt, in dem sich die finanziellen Auswirkungen der noch nicht überwundenen internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise widerspiegeln. Erste Ergebnisse bei der Stabilisierung bestätigen die erfolgreiche Politik der neuen Koalition bei der Krisenüberwindung. Es ist gegenüber den Erwartungen der Bundesregierung noch im Dezember 2009 bei Verabschiedung des Haushaltsentwurfs u.a. eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu spüren, die den Haushalt entlastet. So konnte allein der Zuschuss der Bundesanstalt für Arbeit um 3,2 Mrd. € gesenkt werden. Jedoch kann noch keine Entwarnung gegeben werden, weshalb wir parallel mit der Endberatung des Haushalts im Ausschuss mit dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz einen Schirm für den Arbeitsmarkt gespannt haben.

Die Nettokreditaufnahme in 2010 wurde im Ergebnis um 5,9 Mrd. € auf 80,2 Mrd. € gesenkt. Darin erkennt man den ausgeprägten Willen der christlich-liberalen Koalition zur Konsolidierung.

Eine derartig hohe Absenkung in der Beratung des Haushaltsausschusses gegenüber einem Regierungsentwurf gab es zuletzt noch vor der rot-grünen Regierung. An diesem Erfolg knüpft die neue christlich-liberale Koalition an.

Der Haushalt 2010 ist Grundlage für den ambitionierten Konsolidierungspfad der nächsten Jahre. Ab 2011 ist die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse einzuhalten. Die schrittweise Reduzierung des strukturellen Defizits auf maximal 0,35% BIP in 2016 ist für die Koalitionshaushälter das gebotene Ziel.

Impressum:

Ausgabe Nr. 06/2010
18. März 2010

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421
Email: fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion:
Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck

Internet:
www.
cdu-landesgruppe-nrw.de